



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

An den
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Innenausschuss
Frau Barbara Ostmeier MdL
Vorsitzende

Per E-Mail: Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zunächst bedanken wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf. Wir nutzen gerne die Chance uns aus allgemeinen ordnungspolitischen Erwägungen folgende Gesichtspunkte anführen, die aus unserer Sicht im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zu berücksichtigen sind:

Ein zusätzlicher Feiertag wäre aus Sicht der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Schleswig-Holstein ein falsches Signal für den dringend notwendigen wirtschaftlichen Aufbruch in unserem Land. Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Produktivität und der Anzahl der Arbeitstage. Weniger Arbeitstage bedeuten weniger Wirtschaftswachstum und damit weniger Jobs für unser Land. Die Nord/LB hat dazu beispielsweise für das Land Niedersachsen für 2017 eine alleinig durch die Lage der Feiertage in diesem Jahr eine um 0,2% reduzierte Wachstumsprognose gestellt. Daran werden die Auswirkungen von zusätzlichen Feiertagen auf das Wirtschaftswachstum deutlich.

Zudem darf man nicht übersehen, dass die Arbeitsausfälle an Feiertagen oftmals durch Mehrarbeit an anderen Tagen aufgefangen werden muss.

Der „Nord-Süd-Gefälle“ Argumentation, eine höhere Zahl an Arbeitstagen stelle keinen Hindernisfaktor für die Wirtschaftsleistung dar, kann nicht gefolgt werden. Die Wirtschaftsleistung eines Landes ist abhängig von einer Vielzahl von Faktoren. Die Anzahl der Arbeitstage ist nur einer davon.

Auch der immer mehr um sich greifende Fachkräftemangel ist hier zu berücksichtigen. Bereits jetzt müssen Unternehmer in Schleswig-Holstein immer

häufiger Aufträge ablehnen, weil sie nicht die Mitarbeiter haben, um sie zu erledigen. Dieses Problem würde sich durch zusätzliche Feiertage und damit weniger Arbeitstage deutlich verschärfen.

Sollte am Ende der Diskussion im schleswig-holsteinischen Landtag sich entgegen unserer Auffassung doch eine Mehrheit für einen zusätzlichen Feiertag aussprechen, würden wir den Reformationstag präferieren. Er ist bereits in verschiedenen anderen reformatorisch geprägten Bundesländern gesetzlicher Feiertag. Ein exklusiver „Schleswig-Holstein-Feiertag“ mit zum Teil sehr fragwürdigen Argumentationen ist in Hinblick auf die wirtschaftlichen Interaktionen zwischen den Bundesländern abzulehnen, da es die Produktivitätsauswirkungen noch verschärfen würde.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Lange
Landesvorsitzender



Thomas Klömmner
Landesgeschäftsführer

Landesgeschäftsstelle:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Schleswig-Holstein (MIT)

Sophienblatt 44-46

24114 Kiel

Tel: 0431/6609965

Fax: 0431/671018

Mail: info@mit-sh.de

Homepage: www.mit-sh.de